



Olympia in Köln?

Ein Event – Folgen für Jahrzehnte

Was jetzt auf dem Spiel steht

Fakten, offene Fragen und Alternativen – für eine informierte Entscheidung.

*Olympische Spiele verändern Städte – finanziell, ökologisch und sozial.
Wer profitiert? Und wer zahlt am Ende den Preis?*

Im April 2026 entscheiden die Kölner:innen in einem Ratsbürgerentscheid per Briefwahl über die Olympiabewerbung.

*Stadt und Land werben für ein „Ja“ und wenden dafür Millionenbeträge aus Steuermitteln auf.
Versprochen wird viel. Verschwiegen auch.
Über Risiken kein Wort.*

Zeit für einen Blick auf die Kehrseite der Medaille.

88 Hektar betonieren – für knapp vier Wochen Sport?



Stadtnatur und Flächenverbrauch

Für Olympiastadion und Olympisches Dorf müssten im Kölner Norden über 88 Hektar wertvolle Ackerflächen in Kreuzfeld überbaut und versiegelt werden.

Das Gebiet ist:

- Ort für regionale Lebensmittelproduktion
- Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten
- zentrales Kaltluftentstehungsgebiet für das im Sommer aufgeheizte Köln - eine natürliche Frischluft- und Klimaanlage

Köln hat zwar den Klimanotstand ausgerufen – würde aber für Olympia die natürliche Kühlung im Kölner Norden unwiederbringlich preisgeben.

Fast alles für Olympia schon da? Das trifft für Köln nicht zu.

Zentrale Infrastruktur müsste neu gebaut, anderes umfassend umgestaltet und durch zusätzliche Sicherheits- und Verkehrsmaßnahmen ergänzt werden - zulasten klimaaktiver Flächen.

Watt fott es, es fott.

Kernfrage:

Wie viel dauerhafte Flächenversiegelung ist ein kurzes Mega- Event wert?



Kosten und langfristige Belastungen

Olympische Spiele wurden immer teurer als geplant – im Schnitt um 172 %, Sommerspiele sogar um 252 %.

So Paris 2024: Die öffentlichen Kosten stiegen von 2,4 auf 6,6 Mrd. €.

Montreal leistete nach 1976 (+720 %) über 30 Jahre lang Schuldendienst.

Kostenexplosionen sind kein Ausreißer – sie sind Teil des Modells.

Der gesamtwirtschaftliche Nutzen Olympischer Spiele ist zudem kaum spürbar.

Der BIP-Zuwachs durch Paris 2024 fiel minimal aus. Der französische Rechnungshof bezifferte den Effekt auf einen kurzfristigen BIP-Zuwachs von 0,07 %, inklusive indirekter Effekte.

Und die Effizienz? Die dauerhaften Folgekosten werden ausgeblendet.

- Betrieb und Instandhaltung
- Sicherheitsaufwendungen
- Rückbau und Subventionierung unwirtschaftlicher Anlagen

Köln kämpft schon heute mit strukturellen Haushaltslücken.

Ein Hochrisiko-Projekt dieser Größenordnung würde finanzielle Spielräume auf Jahrzehnte binden.

Kurzfristiger Impuls? Langfristige Belastung.

Kernfrage:

Milliarden für ein Mega-Event statt Schulen, Wohnraum, Nahverkehr und Klimaschutz – ist das sinnvoll?



Verkehr und Alltag – Stadtbild, Verdrängung und Prioritäten

Die regionalen Bahnstrecken sind heute schon überlastet.
Der Netzausbau in NRW ist unsicher.
Die KVB kämpft mit ausgedünnten Fahrplänen und häufigen Ausfällen.
Von stabilem Normalbetrieb kann keine Rede sein.

Olympia würde

- „Olympic Lanes“ auf den Straßen bedeuten und dem Alltagsverkehr den Platz entziehen;
- noch mehr Verkehr in die bereits überlastete Stadt bringen.
- Dazu kämen weiträumige Sperrungen und Sicherheitszonen

Das bedeutet Einschränkungen für Alltag, Gewerbe und Rettungsdienste.

Internationale Erfahrungen zeigen: Großevents gehen häufig mit verstärkten Kontrollen öffentlicher Räume, Verdrängung und steigenden Mieten einher. Wenn Veedel „aufgewertet“ werden, können viele Menschen es sich anschließend nicht mehr leisten, dort zu leben.

Vor den Spielen in Paris wurden tausende obdachlose und marginalisierte Menschen aus der Stadt verdrängt.

Das Stadtbild soll glänzen – soziale Probleme verborgen werden.

Ein Olympisches „Dorf“ ersetzt keine soziale und umweltverträgliche Wohnungspolitik. Für Events gelten andere Planungsregeln als für Siedlungen und Infrastruktur. Das verteuert Planung und Bau.

Ein Wohngebäude kostet weniger als ein Stadion, das später zum Wohngebäude umgebaut werden muss.

Großprojekte mögen auf dem Reißbrett beeindruckend wirken – selten werden daraus lebendige Quartiere.

Die Entwürfe ähneln den Bausünden der 1970er Jahre. Erfahrungen zeigen: Ohne soziale Durchmischung, langfristige Bindungen und gewachsene Infrastruktur drohen Fehlentwicklungen.

In einer Stadt mit angespanntem Wohnungsmarkt stellt sich daher die Frage:
Wird langfristig bezahlbarer, ökologisch vertretbarer Wohnraum geschaffen – oder ein Event-„Dorf“ mit unsicherer sozialer Bindung?
Zählt das Image mehr als der Alltag der Menschen?

Kernfrage:

Wie belastbar ist ein System, das bereits im Normalbetrieb an seine Grenzen stößt?



Demokratie und Mitbestimmung

Eine Entscheidung dieser Größenordnung darf nicht ohne vorherige Strategische Umweltprüfung (SUP) getroffen werden. Die Umweltprüfung muss:

- Auswirkungen auf Klima, Natur, Flächenverbrauch und Gesundheit untersuchen,
- Alternativen prüfen – einschließlich des Verzichts auf die Bewerbung („Null-Option“),
- bereits vor einer verbindlichen politischen Festlegung erfolgen.

Ohne diese Fakten kann niemand – auch nicht die Kölner:innen im Ratsbürgerentscheid – informiert entscheiden.

Die Olympia-Bewerber sprechen von „gelebter Demokratie“. Gleichzeitig finanziert das Land NRW eine politische Kampagne mit rund 3,5 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt (Stand: Februar 2026) – gezielt ausgerichtet auf Wahlberechtigte.

*Auf der Kampagnenseite heißt es:
„Du willst, dass Olympische Spiele kommen? Dann unterstütze unsere Kampagne.“*

Das ist aktive Mobilisierung – nicht nur Information.

Demokratische Legitimation setzt Ausgewogenheit und Transparenz im Diskurs voraus. Staatlich finanzierte Einseitigkeit verhindert eine faire, offene Debatte.

Kernfragen:
Liegt die Umweltprüfung vor?

Wird ergebnisoffen informiert oder mit Steuergeld mobilisiert?

Nachhaltigkeit und Strukturpolitik - oder Ausnahmezustand?



Greenwashing

Olympische Spiele sind kein normales Infrastrukturprojekt.

Sie bedeuten einen planerischen, finanziellen und sicherheitspolitischen Ausnahmezustand.

Neue Großbauten, temporäre Anlagen, zusätzlicher Verkehr und massive Sicherheitsanforderungen stehen im klaren Spannungsverhältnis zu kommunalen Klima- und Nachhaltigkeitszielen.

Zwar wird heute von „nachhaltigen“ oder „klimaneutralen“ Spielen gesprochen. Doch das Grundproblem bleibt: Ein globales Mega-Event mit Besucheransturm, Großinfrastruktur und hoher Sicherheitsarchitektur lässt sich nicht einfach „grün organisieren“.

Die Nachhaltigkeit Olympischer Spiele bemisst sich nicht an der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie oder den global anerkannten Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen, sondern an den eigenen Leitlinien des Internationalen Olympischen Komitees (IOC).

Diese sind vor allem strategische Selbsterklärungen:

- überwiegend leitlinienhaft und rechtlich nicht bindend
- ohne unabhängige, externe Kontrolle
- mit praktischer Umsetzung bei den Gastgeberstädten

Selbst bei als „nachhaltig“ beworbenen Spielen bleibt der strukturelle ökologische Fußabdruck erheblich. Einzelmaßnahmen wie CO₂-Reduktionsziele oder Recyclingprogramme ändern nichts am grundlegenden Konflikt zwischen Mega-Event und Klimazielen.

IOC- und Vermarktungsinteressen haben Vorrang vor lokalen und globalen Umwelt- und Klimabelangen, solange Olympia ein hochkommerzialisiertes Mega-Event ist.

„Klimaneutrale Spiele“ bleiben ein PR-Versprechen. Solange das Event alle vier Jahre neue Städte beansprucht, bleibt es klimaschädlich.

Wenn Olympische Spiele überhaupt eine Zukunft haben sollen, dann nur an einem festen, dauerhaft ausgestatteten Austragungsort.

Nachhaltigkeitsrhetorik ersetzt keine nachhaltige Strukturpolitik.

Wenn schon Olympia, dann anders.

Kernfragen:

IOC-Leitlinien ohne externe Kontrolle – reicht das für Klimaziele?

Neue Städte alle vier Jahre umbauen oder fester Ort mit nachhaltiger Infrastruktur?



Worum es jetzt geht

.... nicht nur um Sport.

Es geht um:

- Flächenverbrauch, Umwelt- und Klimaschutz
- Kommerz und Sponsoreninteressen
- politische und finanzielle Handlungsfähigkeit
- soziale Prioritäten
- Verkehr und Alltag
- demokratische Steuerungshoheit

Kein Wanderpokal für Städte – sondern ein fester Austragungsort für die Spiele.

Wer Nachhaltigkeit ernst meint, kann nicht alle vier Jahre neue Städte für ein global vermarktetes Event umbauen.

Ein dauerhafter Austragungsort ist die konsequente Alternative.

Die Entscheidung über eine Olympiabewerbung Kölns ist eine Richtungsentscheidung für Jahrzehnte.

Deshalb braucht es eine breite, faktenbasierte und offene Debatte – bevor unumkehrbare Weichen gestellt werden.

Millionenschwere politische Werbekampagnen ersetzen keine ehrliche Abwägung von Chancen und Risiken.

Eine demokratische Entscheidung erfordert Transparenz, Fairness und umfassende Information.

Knapp vier Wochen Event – Folgen für Jahrzehnte.

Wenn alles so überzeugend ist, braucht es keine einseitige Werbung.

Eine starke Idee hält eine Debatte aus.

Jetzt ist der Moment, diese offen und ehrlich zu führen.

Ein Beitrag zur Debatte vor dem Ratsbürgerentscheid.
Für Fragen, Gespräche und Diskussionen stehen wir gerne zur Verfügung.

Aktuelles unter:

www.bund-koeln.de

Logos (Direktdownload):

bund-koeln.de/service/publikationen/detail/publication/logo-nolympia-handschellen/
bund-koeln.de/service/publikationen/detail/publication/logo-nolympia/

Instagram: [@bund_koeln](https://www.instagram.com/bund_koeln)

Facebook: [@BUNDKoeln](https://www.facebook.com/BUNDKoeln)

#NoOlympiaKoeln
#ZukunftStattOlympia

Spendenkonto

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) NRW e.V.
IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00
BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: NOlympia Köln
Spenden sind steuerabzugsfähig.

Kreisgruppe Köln BUND

Melchiorstr. 3
50670 Köln
Tel.: 0221 / 724710
(dringende Rückfragen: 0160 97209108)
bund.koeln@bund.net